

Schattenbeschwörung und Schönfärberei

Koloniales Erbe und historische Wahrheiten

Medard Ritzenhofen*

» Die aktuelle Debatte um die Kolonialgeschichte verweist auf Frankreichs grundlegendes Dilemma: Seine spezifisch hohen Ansprüche stoßen sich an der Faktizität der Historie, das republikanische Ethos gebiert die französischen Mythen.

Ist Frankreich eine „postkoloniale Republik“, wie es der viel beachtete Internet-Appell „Nous sommes les indigènes de la République“ vom 18. Januar 2005 behauptet? Bei dieser Frage gehen die Meinungen auseinander. Unstreitig ist, dass Frankreich bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts über das zweitgrößte Kolonialreich der Welt nach dem British Empire verfügte. Auf allen fünf Kontinenten flatterte die Trikolore. 60 Millionen Untertanen zählte Frankreich außerhalb des Mutterlandes. Die Schwerpunkte des Empire français lagen im Maghreb, in West- und Äquatorialafrika sowie in Indochina. Dass die Aneignung und Verwaltung der überseeischen Territorien mit Militärgewalt erfolgte, die entsprechend dem Widerstand der indigenen Bevölkerung brutale Repressionen einschloss, dürfte kaum bezweifelt werden. Tatsache ist auch, dass eine politische Integration der kolonisierten Völker über demokratische Institutionen nicht stattfand. Als das britische Empire nach dem Zweiten Weltkrieg im Begriff war, sich aufzulösen, setzte Paris mit seiner ins Leben gerufenen „Union française“ alles daran, seinen kolonialen Besitz zu konsolidieren. Der Preis für die bereits anachronistische Illusion, London den ersten Rang als Kolonialmacht abzulaufen, war hoch: Wenn die unvermeidliche Dekolonisierung in den einzelnen Besitzungen, Mandatsgebieten, Protek-

toraten, Territorien und Departements auch entsprechend uneinheitlich verlief – in Tunesien und Marokko 1956 vergleichsweise friedlich –, so fielen die langen opferreichen Befreiungskriege in Indochina (1946–54) und Algerien (1954–62) historisch am schwersten ins Gewicht.

„La grandeur d'un pays, c'est d'assumer toute son histoire. Avec ses pages glorieuses, mais aussi avec sa part d'ombre.“ In dieser Einsicht ist Jacques Chirac vorbehaltlos zuzustimmen. Fragen wirf jedoch das Zeugnis auf, das der Staatspräsident in dieser Hinsicht seinem Land in einer Rede am 30. Januar 2006 ausstellte: „Notre histoire est celle d'une grande nation.“ Denn so gerne Frankreich die „ruhmreichen Seiten“ seiner Geschichte aufschlägt, so häufig bleiben die „Schatten“ der Vergangenheit im Dunklen. Die scheinbar kontinuierliche Tradition nationaler Größe, von „nos ancêtres les Gaulois“ bis zum politischen Übervater Charles de Gaulle, ist für das historische Denken noch immer prägend. Die Sternstunden der Geschichte, sei es die Revolution von 1789, die Befreiung 1944 und selbst die Taufe des Westfranken Clovis Ende des fünften Jahrhunderts, genießen ebenso breitenwirksame Aufmerksamkeit wie die Lichtgestalten, mögen sie nun Jeanne d'Arc oder Eleonore von Aquitanien, Ludwig der Heilige oder der Sonnenkönig heißen. Dagegen brauch-

* Medard Ritzenhofen lebt als freier Journalist in Straßburg.

te Frankreich viel Zeit, bis es sich im vollen Umfang seiner unrühmlichen Rolle unter der deutschen Besatzung 1940–1944 stellte. Die heroische Résistance einer kleinen Minderheit verdeckte lange die politische Apathie der schweigenden Mehrheit. Noch unter Präsident François Mitterrand lautete die offizielle Lesart, dass Vichy den Ruhm der Republik nicht befleckt habe.

Mit dem Kolonialismus blieb auch der nach der Kollaboration des Pétain-Regimes zweite große Schatten der jüngeren französischen Geschichte lediglich Thema einer begrenzten historischen Fachliteratur. Indem die Gaulle die junge V. Republik 1963 von der bedrohlichen Last des „französischen Algeriens“ befreite, wurde auch die koloniale Seite Frankreichs umgeschlagen. Die über 100-jährige blutige Vorgeschichte von Frankreichs Paradekolonie, die bis zur Eroberung Algiers im Jahre 1830 zurückreicht, geriet weitgehend in Vergessenheit. Als 2004 des 50. Jahrestages der Niederlage von Dien Bien Phu gedacht wurde, durchzog die publizistischen Beiträge eher die Nostalgie um die französische Präsenz in Indochina als das Eingeständnis einer an allen Fronten gescheiterten Kolonialpolitik.

„Positive Rolle in Übersee“

Dass die koloniale Vergangenheit Frankreichs im vergangenen Jahr Thema einer großen Debatte wurde, verdankt sich eines eher beiläufigen Anlasses. Dieser ist jedoch eingebettet in eine politisch-geistige Großwetterlage, in der sich die lange verdrängten Sünden der Vergangenheit mit den Versäumnissen aktueller Politik zusammenballen. Angesichts des derzeit nachdrücklich infrage gestellten französischen Integrationsmodells bricht die koloniale Wunde wieder auf. Doch auch umgekehrt gilt: Weil sich Frankreich seiner Geschichte in Übersee nicht ausreichend stellte, fällt das Zusammenleben mit den französischen Nachfahren der einst unterworfenen Völker umso schwerer. Neben der „fracture sociale“ tut sich ein nationaler Riss auf, wenn die aus der Immigration stammenden „Söhne und Töchter der Republik“ (Chirac) sich selbst als „Eingeborene einer postkolonialen Republik“ bezeichnen. So jedenfalls hieß

es in dem eingangs erwähnten Internet-Appell, in dem eine bunte Truppe aus Aktivisten zur Gleichberechtigung von Afrikanern, Muslimvertretern, Trotzkiten und Globalisierungsgegnern gegen die „ethnisch-rassistische Apartheid“ im Mutterland der Menschenrechte zu Felde zog. Da mehr als die Hälfte aller französischen Einwanderer aus ehemaligen Kolonien stammt, bietet sich ein schnell gezogenes Kontinuum geradezu an: Eroberung und Versklavung gestern, Diskriminierung und Ghettoisierung heute. Nicht zuletzt wird die Verschleierung des brutalen Umgangs mit den unterworfenen Völkern in der Vergangenheit als Grund für die mangelnde gleichberechtigte Behandlung heutiger Einwanderer angeführt. Dass in Frankreich dann noch ein Gesetz verkündet wurde, mit dem die Nation den historischen Verdiensten der französischen Siedler in den Kolonien und dem Einsatz der algerischen Hilfssoldaten, der Harkis, auf Seiten der französischen Armee ihre Anerkennung zollte, entfachte eine regelrechte „guerre de mémoires“. Scheint doch der Graben unüberbrückbar zwischen dem Mythos von den couragierten französischen Siedlern, die den arabischen Wüstenboden kultivierten, und dem Andenken an die eingesessene Bevölkerung, die in ihrem eigenen Land ausgebeutet und entmündigt wurde.

Dabei deutete zunächst nichts darauf hin, dass das am 23. Februar 2005 erlassene Gesetz in der Öffentlichkeit hohe Wellen schlagen würde. Ging es doch im Grunde nicht um mehr als um eine nachgeholte Geste gegenüber den so genannten „pieds-noirs“, jenen Franzosen, die nach der Unabhängigkeit Algeriens ins Mutterland zurückgekehrt und dort „repatriiert“ worden waren. Hatten die Algerienfranzosen schon immer darüber geklagt, für die Verluste in ihrer ehemaligen Heimat nicht ausreichend entschädigt worden zu sein, so sollte zumindest ihre zivilisatorische Aufbauleistung in den Kolonien gewürdigt werden. Dass dieses Trostpflaster nicht zuletzt aus wahltaktischem Kalkül von südfranzösischen Abgeordneten auf den parlamentarischen Weg gebracht wurde, wo sich die algerischen Heimkehrer mehrheitlich niedergelassen hatten, überrascht kaum. Bleibt noch anzufügen, dass in einer der Angelegenheiten entsprechend dünn besetzten National-

versammlung die linke Opposition zunächst nichts gegen den Gesetzesantrag einzuwenden hatte. Größere Beachtung fand dieser erst durch Artikel 4, in dem es heißt: „Les programmes scolaires reconnaissent en particulier le rôle positif de la présence française outre-mer, notamment en Afrique du Nord“. Womit sich einmal mehr die alte Erfahrung bestätigte, dass eine Sache in Frankreich spätestens dann hoch kocht, wenn die Schule berührt wird.

Es verwundert deshalb auch nicht, dass es Geschichtslehrer waren, die sich als erste gegen die politisch verordnete Interpretation des Kolonialismus wehrten. Vornehmsten Ausdruck fand dieser akademische Protest gegen eine offizielle Geschichtsschreibung in einer Petition von 19 angesehenen französischen Historikern, darunter unter anderen Jean-Pierre Azéma, Elisabeth Badinter, Marc Féro, Pierre Nora, Mona Ozouf, René Rémond, Michel Winock, die am 12. Dezember 2005 kundtaten, dass in einem freien Staat weder das Parlament noch eine gerichtliche Autorität die historische Wahrheit festzulegen habe.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die politisch diktierte „positive Rolle der französischen Präsenz in Übersee, vor allem in Nordafrika“ bereits ein außen- und innenpolitisches Echo gefunden, das weit über einen historischen Revisionismusstreit hinausgeht. Im Juni verurteilte die algerische Staatsführung das französische Gesetz, das „die Barbarei des Kolonialismus“ rechtfertigt. Als Staatspräsident Bouteflika den geplanten Freundschaftsvertrag zwischen Frankreich und Algerien angesichts dieser „Beleidigung“ seines Volkes fürs erste auf Eis legte, schrillten im Elysée-Palast die Alarmglocken. Hoffte doch Präsident Chirac darauf, mit diesem Freundschaftsvertrag seine auslaufende Amtszeit zu krönen. Dass auch sein schärfster innenpolitischer Kritiker nicht ungeschoren davon kam, unterstrich die diplomatische Brisanz des Themas. Innenminister Nicolas Sarkozy sah sich angesichts massiver Proteste auf den französischen Karibikinseln Martinique und Gua-

deloupe gegen das Gesetz gezwungen, einen Besuch auf den Antillen abzusagen.

Die ganze Tragweite eines vor beinahe leeren Parlamentsrängen verabschiedeten Gesetzes begann man in Frankreich aber erst während der dreiwöchigen Vorstadt-Krawalle im vergangenen Spätherbst zu ermessen (vgl. das Dossier in *Dokumente*, 6/2005). Nicht dass eine rebellische Jugend die Banlieues in Brand gesetzt hätte, um das an ihren Großvätern verübte koloniale Unrecht zu rächen. Die massiven Gewaltausbrüche im November waren von keiner politischen Vision getragen, sondern gehorchten blinder Zerstörungswut. Dennoch lässt sich ein Zusammenhang herstellen zwischen einer durch Diskriminierung und Chancenungleichheit deklassierten Vorstadtjugend und der Situation ihrer Vorfahren, denen trotz staatsrechtlicher Integration Algeriens in die französische Republik

die Staatsbürgerschaft verweigert wurde.

Angesichts des außen- und innenpolitischen Drucks gegen das umstrittene Gesetz gab Jacques Chirac das Signal zum Rückzug, der annähernd so ungeordnet verlief wie einst die Räumung französischer Übersee-Besitzungen. Um die Gemüter zu beruhigen, aber ohne zunächst die Abgeordneten der Regierungspartei dämpfen zu wollen, berief der Präsident Mitte Dezember eine Kommission ein, die über eine Neufassung des umstrittenen Gesetzes beraten sollte. Indem Chirac gleichzeitig einen nationalen Gedenktag für die Opfer der Sklaverei und des Sklavenhandels vorschlug, unterlief er aber die Aufgabe eben dieser Kommission. Denn zumindest in den Augen der meisten französischen Historiker sind schon von der Politik erlassene nationale Gedenktage eine unzulässige Einmischung in ihr Metier. Folgerichtig forderten die Wissenschaftler nicht nur die Rücknahme des Gesetzes zur „positiven Rolle der französischen Präsenz in Übersee“, sondern auch die Abschaffung der Loi Gayssot, die 1990 die Leugnung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit unter Strafe stellte, sowie des Gesetzes zur Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern (29.1.2001)

„Es lässt sich ein Zusammenhang herstellen zwischen einer durch Diskriminierung deklassierten Vorstadtjugend und der Situation ihrer Vorfahren.“

und des Gesetzes zur Anerkennung der Sklaverei und des Sklavenhandels als Verbrechen gegen die Menschlichkeit (21.5.2001).

Jacques Chirac seinerseits setzte sich zwischen alle Stühle. Einerseits annullierte er Ende Januar das Gesetz zur Bewertung von Frankreichs Kolonialismus, dem er selbst mit seiner Unterschrift Gültigkeit verschafft hatte. Damit machte er die von ihm einberufene Kommission zur Bewertung der Geschichte überflüssig. Andererseits kündigte er bereits für das laufende Jahr die Einführung eines offiziellen Gedenktages an, an dem der Opfer der Sklaverei gedacht werden sollte. Als Termin wählte der Präsident den 10. Mai, womit zugleich – gegen den ausdrücklichen Willen der Historiker – die am 10. Mai 2001 erlassene Loi Taubira gewürdigt wurde. In diesem vor fünf Jahren erlassenen Gesetz, benannt nach der sozialistischen Abgeordneten aus Guyana Christiane Taubira, hatte Frankreich als erstes Land die Sklaverei als Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt.

Chiracs Rede – Lehrstück nationaler Schönfärberei

Die diesbezügliche Vorreiterrolle Frankreichs stellte Jacques Chirac in seiner Rede zur Sklaverei gebührend heraus. Der Diskurs, den er beim Empfang für das „Komitee zur Erinnerung an die Sklaverei“ unter Vorsitz der Schriftstellerin Maryse Condé im Elysée-Palast hielt, ist den wichtigen Reden des neogaullistischen Präsidenten zuzurechnen. Selbst die Chirac gewöhnlich kritisch beurteilende Zeitung *Le Monde* bescheinigte dem Präsidenten im Hinblick auf dessen Reden zur historischen Verantwortung Frankreichs, dem höchsten Staatsamt Ehre zu machen.

Aber hat es Chiracs Rede vom 30. Januar 2006 tatsächlich verdient, in einem Atemzug genannt zu werden, mit der, die er am 16. Juli 1995 zur unauslöschlichen Schuld Frankreichs bezüglich der Judenverfolgung hielt? Bei der Verurteilung der Sklaverei nahm der Präsident kein Blatt vor den Mund. Dass die Sklaverei den Rassismus genährt habe, kam ebenso zur Sprache wie die noch immer in der ganzen Welt existierende Zwangsarbeit, mit der die rassische Unterdrückung ihre aktuelle

Fortsetzung erfahre: „Enfin, le combat contre l’asservissement est un combat d’aujourd’hui. C’est un combat de la France et de la francophonie.“ Mit seiner Rede zur Erinnerung an die Sklaverei, verbunden mit der Ankündigung eines entsprechenden Gedenktages, wollte Chirac einen unanfechtbaren Schlusspunkt unter die, wie er selbst sagte, „unnützen Polemiken“ setzen. Damit konnte nur die seit knapp einem Jahr geführte Debatte um „le rôle positif de la présence française outremer“ gemeint sein. Ebenso unverständlich wie aufschlussreich ist es dann aber, dass Chirac weder auf Frankreichs historische noch auf seine aktuelle Rolle in Übersee konkret einging. Der Begriff des Kolonialismus fand keinerlei Erwähnung. Mit der scharfen Verurteilung der Sklaverei entledigte sich der Präsident gewissermaßen der Aufgabe, auf Frankreichs koloniale Vergangenheit einzugehen. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang seine Feststellung: „Ce fut l’honneur de la I. République, en 1794, d’abolir l’esclavage dans les colonies françaises.“ Chirac erwähnte zwar, dass Napoléon 1802 die Sklaverei wieder eingeführt habe, diese dann aber in der II. Republik am 27. April 1848 endgültig abgeschafft wurde. „Il faut le dire, avec fierté: depuis l’origine, la République est incompatible avec l’esclavage.“

Dieser wie ein historisches Axiom vorgetragene Satz ist ein rhetorisches Trompe l’œil aus dem Lehrbuch der Schönmalerei. Denn nicht nur war die Republik mit dem Kolonialismus vereinbar, unter der III. Republik (1871–1940) erlebte das französische Kolonialreich auch seine größte Ausdehnung. Wenn *Le Monde* in seinem lesenswerten Dossier zur Kolonisation vom 21. Januar 2006 „un empire républicain où le soleil ne se couchait jamais“ beschreibt, dann schwingt in dieser Formulierung bei aller kritischen Grundhaltung doch immer noch ein gewisser Stolz auf die Größe dieses Weltreiches mit.

„La mission civilisatrice“

Ende des 19. Jahrhunderts besaß das Abgeordnetenhaus in der so genannten „groupe colonial“ eine mächtige Lobby zur französischen Interessenvertretung in Übersee. „Die aktiven Parlamen-

rier der kolonialen Gruppe aufzuzählen, heißt im Gotha der III. Republik zu blättern, schreibt der Historiker Charles-Robert Ageron und erinnert daran, dass von Félix Faure (1895–1899) bis Albert Lebrun (1932–1940) die Mehrzahl der Präsidenten dort selbst Mitglieder waren. Mit Jules Ferry ist es der bis heute hoch verehrte Gründungsvater des modernen französischen Schulwesens – „une référence quasi consensuelle, de droite et de gauche“, wie Xavier Darcos in seinem Buch „L'école de Jules Ferry“ (2005) schreibt – der sich vorbehaltlos für die Kolonisierung stark machte. In dem von diesem Gründungsmitglied der III. Republik Anfang der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts eingeführten allgemeinen, kostenlosen Unterricht bekamen französische Schulkinder bis weit in die Mitte des 20. Jahrhunderts ein idyllisches Bild des französischen Kolonialreiches und -lebens vermittelt.

„Les races supérieures ont le devoir de civiliser les races inférieures“, schrieb Ferry. Dieser Aufgabe konnte sich die Heimat der Aufklärung und der Menschenrechte nicht entziehen. Kolonisieren bedeutete zivilisieren.

Damit ist die besondere Note des französischen Kolonialismus benannt. Dieser erschöpfte sich weder in imperialer Machtausdehnung, um die Niederlage gegen Deutschland 1870/71 zu kompensieren und in der globalen Präsenz mit England gleichzuziehen, noch in wirtschaftlichem Profitstreben. Darüber hinaus hatte Frankreich mit seinem revolutionären Erbe (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) und seinem republikanischen Ethos eine zivilisatorische Mission zu erfüllen. Das traditionelle christliche Sendungsbewusstsein der „ältesten Tochter der Kirche“ verband sich mit den universalistischen Idealen der Republik zu einer kolonialen Expansions- und Herrschaftsideologie im Dienste des Fortschritts überseeischer Völker. Dass die laizistische Republik, die in einem erbitterten Kulturkampf die katholische Kirche aus dem Staatswesen gedrängt

hatte, sich bei der Kolonisierung der aktiven Unterstützung der bewährten katholischen Missionsorden bediente, gehörte dabei noch zu den kleineren Ungereimtheiten. Als paradox erwies sich die Rolle der Schule bei der Kolonisierung. Der Unterricht eröffnete den unterworfenen Völkern den Zugang zur französischen Zivilisation, doch wurde ihnen weder nationale Freiheit noch politische Gleichheit gewährt.

„Partout la France a apporté le bon ordre et la paix: brigandages, esclavages et massacres ont cessé. Partout elle a ouvert des écoles où les habitants s'instruisent et apprennent notre langue. Ils sont soignés par nos médecins. Partout, enfin, on a construit des routes, des chemins de fer et des ports“, heißt es in einem Schulbuch von 1923. Dass diese Einschätzung heute noch fortwirkt, bestätigte niemand anderer als Nicolas Sarkozy. Der Innenminister verwahrte sich in einem Fernsehgespräch bezüglich der kolonialen Frage gegen „ständige Reumütigkeit“ und verwies auf die positiven Aspekte des Kolonialismus: „Lehrer haben die Bevölkerung alphabetisiert, Ärzte haben geheilt und geimpft.“

Für sich genommen ist diese Feststellung durchaus zutreffend. Von dem medizinischen, kulturellen und technischen Know-how, das Frankreich seinen Kolonien bescherte, profitierte in gewissem Umfang auch die indigene Bevölkerung. Doch stehen am Anfang dieser Steigerung des Lebensstandards militärische Eroberungen, die in maximale wirtschaftliche Ausbeutung mündeten. Nicht zu reden von den Massakern an Aufständischen, die sich wie ein roter Faden durch die französische Kolonialzeit ziehen. Im Mai 1945 wurde im algerischen Sétif ein Aufstand der Bevölkerung mit geradezu krimineller Härte niedergeschlagen. Zehntausende Tote waren zu beklagen. Im November 1945 wurden ungefähr 6 000 Zivilisten bei der Bombardierung der vietnamesischen Hafenstadt Haiphong getötet. Von unvorstellbarer Brutalität zeugte die Niederschlagung der Rebellion in Madagaskar 1947/48, die an die 90 000 Inselbewohner das Leben kostete. Ange-

„Mit der scharfen Verurteilung der Sklaverei entledigte sich der Präsident gewissermaßen der Aufgabe, auf Frankreichs koloniale Vergangenheit einzugehen.“

sichts von bestialischen Massenmorden und Folterungen war die Rede von einem „madagassischen Oradour-sur-Glane“.

„La plus grande France“

Der große französische Historiker Ernest Lavisse, der das Geschichtsverständnis von Generationen französischer Schüler prägte, schrieb 1920: „France et humanité ne sont pas deux mots qui s’opposent l’un à l’autre; ils sont conjoints et inséparables. Notre patrie est la plus humaine des patries.“ Pierre Nora hat es sich in dem von ihm herausgegebenen Standardwerk „Les lieux de mémoire“ (1984–1992) nicht nehmen lassen, selbst den Artikel über die 27-bändige „Histoire de France“ von Lavisse zu verfassen. Dass Nora dem „Sänger der Republik“ und seiner „nationalen Pädagogik“ Respekt entgegenbringt, ist angesichts dessen historiographischen Monuments verständlich. Dass sich aber unter den insgesamt 130 französischen „Erinnerungsorten“ kein einziger findet, der Frankreichs koloniale Vergangenheit behandelt, ist weniger einsichtig. Pierre Nora hat sich zum Wortführer gegen jedwede politische Einmischung in die Geschichte aufgeschwungen, in seinem siebenbändigen Referenzwerk zur Geschichte Frankreichs aber wird das zweitgrößte Kolonialreich der Welt ausgespart.

Einmal mehr stößt man beim Thema Kolonialismus auf jenes grundlegende Dilemma Frankreichs, das sich aus spezifisch hohen Ansprüchen und der widerständigen Faktizität bei deren Umsetzung ergibt. Es ist das nationale

Ethos verbunden mit einem universalistischen Pathos, das die französischen Mythen, um nicht zu sagen, Lebenslügen gebiert. Frankreichs „mission civilisatrice“ sollte der Kolonisierung ein humanitäres Rückrat geben, das angesichts massiver Unterdrückung und Ausbeutung schnell einknickte. Die „Citoyenneté“, mit deren Erkämpfung Frankreich 1789 eines der herausragenden Kapitel der neuzeitlichen Geschichte geschrieben hatte, erkannte die Republik keinem der von ihr kolonisierten Völkern zu. Beim Stichwort Stolz und Ruhm der „Algérie française“ blieben die „Français musulmans“ außen vor.

Diese Ambivalenz setzt sich heute in gewisser Weise fort, wenn Frankreich noch immer die Chancengleichheit als Signum seines Schulsystems beschwört, während es vor den eklatant unterschiedlichen Lernbedingungen längst kapituliert hat. Der hoch gestimmte und doch falsche Ton sprach auch aus Chiracs Rede zur Sklaverei, die die Schatten der Vergangenheit allgemein beschwört, um dann nationale Schönfärberei zu üben: „L’esclavage et la traite sont pour l’humanité une tache indélébile. La République peut être fière des combats qu’elle a gagnés contre cette ignominie. En commémorant cette histoire, la France montre la voie. C’est son honneur, sa grandeur et sa force.“ Mit diesen Sätzen schloss der Präsident eine Rede, mit der die einstige imperiale Ideologie von „la plus grande France“ eher eine gewisse – wenn auch unter anderen Vorzeichen – Bestätigung als seine kritische Aufarbeitung fand. Das letzte Wort über den französischen Kolonialismus ist damit noch lange nicht gesprochen.